



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 192. Ratssitzung vom 30. März 2022

5170. 2021/359

**Weisung vom 08.09.2021:**

**Sozialdepartement, Volksinitiative «Wissenschaftlicher Pilotversuch Grundeinkommen», Prüfung Gültigkeit und Antrag auf Ablehnung**

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Gemeinde:

Die Volksinitiative «Wissenschaftlicher Pilotversuch Grundeinkommen» wird abgelehnt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

**Samuel Balsiger (SVP):** *In der Volksinitiative wird gefordert, dass eine Gruppe von Personen einen einheitlichen Betrag pro Person und Monat erhält, der über das Eigenkapital der Stadt finanziert wird. Das Ganze soll durch Hochschulen begleitet und wissenschaftlich ausgewertet werden und die Dauer 36 Monate betragen. In der Weisung geht der Stadtrat nicht sehr in die Tiefe. Er stellt fest, dass die Volksinitiative gültig ist, nicht gegen die Einheit der Materie verstösst und dass sich die frühere ablehnende Haltung des Stadtrats nicht geändert hat. Er schreibt, dass die Erwerbsarbeit der Grundstein des Wohlstands ist und er darum die Ablehnung empfiehlt. Man spürt die Ablehnung in der ganzen Weisung. Es ist überraschend, dass der Stadtrat so vernünftig gegenüber der unvernünftigen, immer radikaler werdenden Mehrheit im Rat agiert. Das muss man sich vorstellen: Ein SVPLer betitelt einen SP-Stadtrat als Stimme der Vernunft. Er stellt trocken fest, dass Erwerbsarbeit der Grundstein des Wohlstands ist, dass nicht schlichtweg Geld verteilt werden kann und dass es Fantasiegebilde sind, wenn man das Gefühl hat, dass man fremdes Geld jonglieren und sich auf Kosten anderer Projekte finanzieren kann. Die Initianten können nicht einmal die Kosten benennen: Sind es 10 Millionen oder 50 Millionen Franken? Wenn man es ausrechnet, kommt man auf 40 bis 50 Millionen Franken. Schwammig wird angegeben, dass es ungefähr 20 Millionen Franken kosten kann. Einen Deckel gibt es nicht. Es ist eine Blackbox und eine Zwängerei. Das Volk sagte Nein zum Grundeinkommen. Man weiss genau, dass die Stadt in Zukunft mit Fehlbeträgen rechnen wird, dass das Geld immer knapper wird und dass man nicht ohne Sinn und Zweck 20 bis 50 Millionen Franken ausgeben kann. Die Stadt Bern kennt ein solches Grundeinkommen. Für eine wissenschaftliche Begleitung kann man also stattdessen die Resultate von Bern anschauen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Willi Wottreng (AL):** *Die AL war bisher in der Enthaltung. Sie wechselt zur Ablehnung des Antrags des Stadtrats. Über den Grundlohn kann man Seminare füllen. Es gibt linke*



*und auch marxistische Stimmen, die dagegen sind und solche, die dafür sind. Es gibt liberale Stimmen, die dagegen sind und solche, die dafür sind. Dafür ist beispielsweise der bekannte wirtschaftsliberale Schweizer Ökonom Thomas Straubhaar. Es gibt Stimmen, die den Grundlohn als Erhaltung des Kapitalismus kritisieren und solche, die ihn als Anfang einer Utopie loben – oder auch als Anfang einer radikalen Utopie verdammen. In der Praxis gibt es unzählige Städte, in denen Versuche mit Interpretationen in alle Richtungen durchgeführt wurden. Alle Beispiele haben ihre Besonderheiten und sind mit den jeweiligen sozialen Sicherungssystemen verbunden. Darum kann man die Debatte darüber hier vergessen. Wir müssen die konkrete Vorlage und die Lage in Zürich betrachten. Die Vorlage sieht einen Pilotversuch dar. Entscheidend ist, dass der Versuch wissenschaftliche Erkenntnisse bringen soll. Es gibt auch aus AL-Sicht Punkte, die dagegen und solche, die dafür sprechen. Aus Sicht der AL spricht gegen die Initiative, dass wir davon ausgehen, dass der Versuch keine substanziellen Erkenntnisse bringen wird. Die einen werden sich mit dem Geld so verhalten, die anderen anders. Die einen werden mit 4000 geschenkten Franken im Monat etwas Sinnvolles anfangen, die anderen werden weiterleben wie bisher. Für die Initiative spricht, dass sie ein zentrales Thema aufnimmt. Es ist die Frage, ob es etwas Besseres als unser heutiges Sozialsystem gibt, das tropfenweise Geld verteilt, Menschen behördlich beurteilt und einen bürokratischen Aufwand sondergleichen betreibt, um jedem genau das richtige Mass an Unterstützung zukommen zu lassen. Das Thema, wie es gemacht werden muss, dass keiner zwischen die Maschen fällt, ist für die AL zentral. Die AL tendiert insgesamt zu einem Ja zur Initiative. Wir wollen, dass die Stimmbevölkerung ohne Ablehnungsempfehlung des Stadt- und Gemeinderats darüber diskutieren kann. Denn eine mögliche Erkenntnis wird sein, dass das Thema Grundlohn ein ernsthaftes Anliegen ist und dass es vielleicht weitere Versuche brauchen wird, die bedürfnisgerechter für die sozial Schwächeren sind. Ich persönlich sehe im Grundlohn Möglichkeiten, die komplexe Sozialhilfe-Bürokratie einzuschränken und gegen die bevormundende Macht des Sozialsystems die Freiheit des Individuums ein wenig zu stärken. Das wäre ein Fortschritt innerhalb des heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Der Schweizer Ökonom Thomas Straubhaar schreibt aus durchaus wirtschaftsliberaler Sicht in seinem lesenswerten Buch «Grundeinkommen jetzt!», dass das Ganze ein Nullsummenspiel sei. Was die Bevölkerung mit der einen Hand an Steuern zahle, erhalte sie mit der anderen an Grundeinkommen zurück; weder die Gesamt- noch die Durchschnittsbelastung pro Kopf steige. Es bündle in einem einzigen Instrument alle personenbezogenen staatlichen Transfers und direkten steuerlichen Belastungen. Hier bezieht er sich wohlverstanden auf das bedingungslose Grundeinkommen. Das heisst, dass bei einem bedingungslosen Grundeinkommen die Abhängigkeit der Menschen von sozialbürokratischen Einrichtungen reduziert werden kann. Das ist ein Gewinn an Menschenwürde. Wir plädieren für ein Nein zum Antrag des Stadtrats, um den Weg für eine offene Debatte in der Bevölkerung und in den Medien freizumachen.*

**Mélissa Dufournet (FDP):** *Die Initiative verlangt für eine Gruppe von Personen die Einführung eines Grundeinkommens, das in Abhängigkeit ihres Einkommens zur Verfügung stehen soll. Der Stadtrat lehnt die Annahme der Initiative ab. Wie das Sozialdepartement meines Erachtens richtig ausführt, ist die Erwerbsarbeit für die Schaffung des gesellschaftlichen Wohlstands und für die individuelle Existenzsicherung von zentraler Bedeutung. Die sozialen Sicherungssysteme sollen subsidiär zur Existenzsicherung auf dem*



Arbeitsmarkt ausgestaltet sein und Lücken schliessen. Es braucht also kein Grundeinkommen. Hier geht es aber um ein Pilotprojekt, weshalb ich ausführen will, warum wir die Durchführung ablehnen. Das Pilotprojekt scheint unausgereift und es existieren bereits in anderen Städten gleichgerichtete, weiter fortgeschrittene Projekte. Man kann die Ergebnisse dieser Projekte abwarten; es braucht kein weiteres Projekt in Zürich. Das Pilotprojekt erscheint konzeptlos. Neben wenigen Leitplanken wird die konkrete Ausgestaltung einem noch zu bestimmenden universitären Gremium überlassen, das ein noch auszuarbeitendes Modell zur Durchführung vorlegen soll. Das Volk muss also die Katze im Sack kaufen. Auch wir bezweifeln, dass grosse wissenschaftliche Erkenntnisse zu erwarten sind: Weil die Personen, die während drei Jahren Geld erhalten werden, nicht ihr gesamtes Leben umgestalten werden, da sie wissen, dass das Pilotprojekt ein Ende nehmen wird. Ausserdem werden besserverdienende Personen kaum mitmachen, weil höhere Einkommen gemäss den Initianten sowieso kein Grundeinkommen erhalten werden. Die Erkenntnisse werden entsprechend einseitig ausfallen. Kommen wir zu den Umsetzungsproblemen. Was geschieht mit Personen, die bereits in der einen oder anderen Form vom Sozialstaat unterstützt werden? Diese Leistungen sollen ersetzt werden und für den Bezüger sollen nach der Beendigung des Pilotprojekts keine Nachteile und keine Vorteile entstehen. Ich frage mich, wie das aussehen wird. Wenn beispielsweise eine Person seit einem Jahr Arbeitslosentaggelder bezieht – kommt es zu einer faktischen Verlängerung um drei Jahre? Es kann nicht die Aufgabe der Stadt sein, die Bezugsdauer beispielsweise einer ALV zu finanzieren. Durch dieses Beispiel wird offensichtlich, dass das Grundeinkommen oder das Pilotprojekt zu einer Ungleichbehandlung von unterschiedlichen Bezüger diverser Sozialversicherungsleistungen führen würde. Auch zu erwähnen ist, dass Personen während dem Projekt beispielsweise nicht an den Massnahmen der Arbeitsmarktintegration oder an anderen Integrationsmassnahmen der Sozialbehörde teilnehmen können, weil dazu die rechtliche Grundlage fehlt. Ich frage mich, was danach mit ihnen geschehen soll. Die Initianten wissen nicht wirklich, wie viel das Pilotprojekt kosten wird. Die Kosten sind nicht gedeckelt; das Pilotprojekt soll vom Stadtrat ausgeweitet werden, sofern sich die Kosten in Grenzen halten. Die Katze im Sack, die dem Volk zur Abstimmung unterbreitet wird, umfasst auch die zu erwartenden Kosten. Ich gehe davon aus, dass der Aufwand für die Umsetzung und der Koordinationsaufwand sehr gross sein werden. So müsste für die teilnehmende Population ein eigenes System der Besteuerung in Absprache mit Kanton und Bund eingeführt werden. Der Initiativtext sieht vor, dass eine auf dem Einkommen basierende progressive Sondersteuer erhoben werden soll. Das scheint mir für eine Gruppe von wenigen hundert Personen völlig unverhältnismässig. Wir haben es mit einer Initiative zu tun, die keinerlei Antworten auf schwierige Umsetzungsfragen liefert, sondern alles ergebnisoffen lassen will, inklusive der Kosten. Es gibt zudem weiter fortgeschrittene Projekte in anderen Städten, weshalb Zürich kein gleichgerichtetes Pilotprojekt unterstützen muss.

**Markus Baumann (GLP):** Die GLP bleibt in der Enthaltung. Es geht um ein Pilotprojekt, das wissenschaftlich begleitet wird. Es geht nicht darum, ob am Ende ein Grundeinkommen oder ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt wird. Schliesslich stellt sich für die GLP die Frage, ob die ungefähr 25 bis 30 Millionen Franken investiert werden sollen, um Erkenntnisse zu erlangen, oder nicht. Die GLP als Wissenschaftspartei will diese Excel-Liste führen. Wir wollen diese wissenschaftlichen Erkenntnisse, damit wir danach



bestimmen können, ob das Grundeinkommen zielführend ist. Das ist eine Gruppe der GLP. Es gibt aber auch die andere Gruppe, die vorgreift und sagt, dass das bedingungslose Grundeinkommen zu viel Schaden anrichtet, weil wesentliche Eckpfeiler in der Sozialpolitik – wie die erwerbsorientierte Integration in den Arbeitsmarkt, die Selbstbestimmung durch Leistung sowie viele andere beratende Stellen – wegfallen könnten. Das Votum von Willi Wottreng (AL) ist eine Art Spiegel der GLP-Seele. Es hat Liberale, die sagen, dass es ein Ansatz sein kann, weil damit Anderes wegfällt. Es gibt aber auch solche, die dem Antrag des Stadtrats folgen würden und sagen, dass wir ein gut aufgebautes Netz haben, das wir beibehalten wollen. Es gibt also zwei Bereiche in der GLP. Wir entschieden uns aber nicht für die Stimmfreigabe, sondern einstimmig für die Enthaltung. Denn wir wollen uns dieser Diskussion nicht verschliessen, wir wollen sie mit der Bevölkerung führen. Das können wir über eine Volksinitiative, die ein bedingungsloses Grundeinkommen als Pilotprojekt einführen will.

**Selina Walgis (Grüne):** Wenn es heute um die Abstimmung gehen würde, ob wir in der Stadt ein Grundeinkommen wollen, dann wären wir die ersten, die zustimmen. Es geht aber um ein Pilotprojekt. Die Grünen sind gegen diesen Pilotversuch, weil wir ganz klar für ein bedingungsloses Grundeinkommen sind. Der Pilotversuch ist jedoch nicht ein bedingungsloses Grundeinkommen. Es braucht beispielsweise einen geregelten Aufenthaltsstatus, um beim Versuch teilnehmen zu können. Dass das Grundeinkommen eine gute Sache ist, wissen wir auch ohne diesen Pilotversuch. Alle, die in der Stadt leben, sollen genügend Einkommen haben, um ihre Grundbedürfnisse zu decken und um an der Gesellschaft teilhaben zu können. Der Pilotversuch ist nicht zielführend; wir befürchten, dass er sogar kontraproduktiv ist. Einige wenige Ausgewählte werden profitieren, andere nicht. Während es in Zürich armutsbetroffene Menschen hat, wird teilweise Menschen mit einem hohen Vermögen ein Grundeinkommen finanziert. Das finden wir störend. Wir halten den Versuch mit nur 36 Monaten für halbherzig. Um aussagekräftig zu sein, müsste der Versuch mindestens zehn Jahre dauern. Denn es sind Welten, ob ein Grundeinkommen eingeführt wird, weil man daran glaubt, oder ob eine sehr begrenzte Anzahl von Menschen während drei Jahren ein Grundeinkommen erhält. Auch werden nur Menschen in einer privilegierten Situation ihr Leben wegen der drei Jahre Grundeinkommen anpassen: Wer sich keine Sorgen um die Altersvorsorge macht, wer etwas angespart oder geerbt hat, und wer weiss, dass ohne Probleme wieder eine Stelle angetreten werden kann. Denn nach drei Jahren ist der Pilot beendet. Es wird also verfälschte Aussagen über ein Grundeinkommen geben. Alle, die den Betrag erhalten, werden sich freuen. Niemand wird sagen, dass es eine schlechte Idee sei. Uns ist schleierhaft, welche Erkenntnisse man sich erhofft oder erwartet. Im Pilotversuch werden aus unserer Sicht Familien zu wenig bis kaum berücksichtigt. Sie brauchen mehr Einkommen zum Leben und damit ein anderst berechnetes Grundeinkommen. Kinder erhalten ebenfalls kein Grundeinkommen. Auch das ist aus unserer Sicht nicht korrekt. Aus diesen Gründen lehnen wir den Pilotversuch ab, sind aber gespannt, was die Bevölkerung dazu sagen wird. Wir bevorzugen, dass das Geld für die Armutsbekämpfung eingesetzt wird.

**Marco Geissbühler (SP):** Unsere Wirtschaft entwickelt sich leider nicht in die Richtung einer sozialeren, stärker an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Wirtschaft.



*Auch weiterhin profitieren wenige von der Arbeit von vielen. Der technologische Fortschritt macht die Arbeit immer komplexer, spezialisierter und prekärer. Er schuf neue Formen von Arbeit auf Abruf, beispielsweise ein Heer von Essenskurieren, die per Velo durch die Stadt fahren und darauf warten müssen, bis ihnen eine App den Befehl gibt, für einen Hungerlohn Essen aus einem Restaurant zu jemandem nach Hause zu fahren. Unsere sozialen Sicherungssysteme können dabei nur bedingt mithalten. Wir sind gefordert, neue Ideen zu entwickeln und zu testen, die unsere Gesellschaft wieder fairer machen. Eine solche Idee ist das Grundeinkommen. Alle erhalten durch die öffentliche Hand ein fixes Einkommen – ohne Auflagen und ohne Vorgaben. Das ist eine visionäre Idee und eine einigermaßen weitreichende Umwälzung unserer Gesellschaft. Heute weiss niemand wirklich, wie sich die Arbeit, die Wirtschaft und unser Zusammenleben entwickeln werden, wenn tatsächlich ein Grundeinkommen in der Schweiz eingeführt wird. Es gibt keine Erfahrung darüber, was im schweizerischen Kontext geschehen würde und im Gegensatz zur Aussage von Mélissa Dufournet (FDP) wurde in der Schweiz noch kein Pilotprojekt wie das vorliegende durchgeführt. Mit einem Pilotversuch in Zürich könnten wir also wichtige Erkenntnisse gewinnen. Die SP Stadt Zürich sprach sich daher bisher immer für einen solchen Pilotversuch aus. Mit der Initiative, wie sie jetzt vorliegt, gibt es ein Problem, weil sie in der Form einer allgemeinen Anregung gehalten ist. Es existieren tausend Ideen, wie das Grundeinkommen ausgestaltet sein könnte. Von neoliberalen Ideen, damit den gesamten Sozialstaat zu erschlagen, bis zu revolutionär-sozialistischen Optionen, die damit den Zwang zur Arbeit überwinden wollen. Wenn wir der Initiative zustimmen, wird es nicht zu einer Volksabstimmung kommen. Ohne dass sich die Bevölkerung vorgängig dazu äussern kann, müsste der Stadtrat bei einem Ja im Gemeinderat eine aufwändige und komplexe Vorlage mit Kostenfolgen von ungefähr 20 bis 25 Millionen Franken ausarbeiten – ohne weitere Anhaltspunkte, in welche Richtung es gehen sollte. Das ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Es braucht zuerst ein klares Mandat der Bevölkerung für ein solch visionäres und weitreichendes Projekt. Mit einem Mandat im Rücken kann die Stadt die nötigen Projektstellen schaffen, um dem Gemeinderat eine gut vorbereitete Vorlage vorzulegen. Das ist der richtige Weg. Wir hoffen, dass bei einem allfälligen Ja der Bevölkerung mehr Bereitschaft im Gemeinderat vorhanden ist, die notwendige Arbeit zur Vorbereitung eines solchen Pilotversuchs zu machen. Die SP wollte in der Kommission einen Gegenvorschlag ausarbeiten, der verschiedene Eckwerte des Pilotversuchs konkretisierte, um mehr Transparenz für die Stimmberechtigten zu schaffen. Ein entscheidender Teil davon wäre ein kalkuliertes Kostendach von 25 Millionen Franken. Darum ist es erstaunlich, dass von bürgerlicher Seite moniert wird, dass die Kosten aus dem Ruder laufen könnten. In der Kommission war das spannenderweise kein Thema. Unsere Ideen stiessen nicht auf offene Ohren und wir zogen den Gegenvorschlag zurück, weil er nicht mehrheitsfähig gewesen wäre. Wir stehen darum heute vor zwei Optionen. Wir können den Pilotversuch an der Stadtbevölkerung vorbeischmuggeln, ohne dass die Menschen in Zürich etwas dazu sagen können. Oder wir können die Initiative ablehnen und somit Nein zum Pilotprojekt sagen. Beide Optionen kommen für uns nicht in Frage, uns bleibt nur die Enthaltung.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Wir sprechen von zwei unterschiedlichen Menschenbildern. Von linker Seite wurde die ganze Zeit erzählt, wie schlimm Arbeit ist, wie man die unterdrückten Bürger von den sozial-bürokratischen Hürden befreien muss, damit sich die*



*Menschen entfalten können und leben können. Das Bürgertum, die rechte Seite, sieht in der Arbeit eine Lebensfreude und persönliche Entwicklung. Es ist nicht schlimm, zu arbeiten. Wenn Sie unzufrieden mit ihrem Leben und Ihrer Arbeit sind, dann machen Sie das, was die anderen unzufriedenen Menschen ebenfalls tun: Bilden Sie sich weiter und finden Sie Arbeit, die Ihnen Spass bereitet. Etwas zu schaffen und etwas zu erarbeiten, bringt Befriedigung. Arbeit ist nicht schlimm, Arbeit ist etwas Schönes. Selbst der rot-grüne Stadtrat sagt, dass Arbeit der Grundstein des Wohlstands ist – nicht faul herumzusitzen und das Geld anderer Menschen in die Tasche zu stecken. Auch wurde gesagt, dass die 20 Millionen Franken in die soziale Wohlfahrt investiert werden müssen. Wenn Sie von sozialer Wohlfahrt sprechen, sind es verschiedene Ebenen im System. Sie müssen betrachten, was die Schweiz dafür ausgibt. Es sind über 180 Milliarden Franken pro Jahr. Sie können nicht behaupten, dass wir nichts für die soziale Wohlfahrt tun und dass Menschen bei uns unterdrückt werden, wenn wir Jahr für Jahr 180 Milliarden Franken in die soziale Wohlfahrt stecken. 20 Millionen Franken ändern daran überhaupt nichts.*

**Dr. Michael Graff (parteilos):** *Ich denke, wir sollten die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens und den Pilotversuch hier und heute beerdigen. Der erste Grund wurde bereits teilweise genannt: Welche Erkenntnisse können aus einem solchen Pilotversuch gewonnen werden? In anderen Kontexten wurde es bereits versucht. Es ist eine Laborsituation, die nichts mit der Perspektive auf ein lebenslanges, existenzsicherndes Grundeinkommen gemeinsam hat. Diese Künstlichkeit wird keine nützlichen Erkenntnisse generieren. Aber selbst wenn wir annehmen, dass daraus vernünftige Erkenntnisse generiert werden könnten, kommt der zweite Grund ins Spiel. Ich denke, dass unter den gegebenen Verhältnissen ein bedingungsloses Grundeinkommen nichts Erstrebenswertes ist. In einer schönen, fernen Zukunft, die ich nicht mehr erleben werden, kann ich mir eine Utopie vorstellen, in der die Menschheit gesellschaftlichen Reichtum mit wenig menschlicher Arbeitskraft erwirtschaftet und selbstverständlich grosszügig an alle verteilt. Unter den gegebenen schlechten Verhältnissen kann ich mir ein bedingungsloses Grundeinkommen nur als eine Dystopie vorstellen. Das hängt damit zusammen, dass unsere Welt in Nationalstaaten gegliedert ist und dass der Zugang zu solchen Sicherungssystemen an Aufenthaltsbewilligungen und Staatsbürgerschaften und dergleichen gekoppelt ist. Stellen Sie sich vor, die Schweiz führt tatsächlich ein bedingungsloses Grundeinkommen ein, das existenzsichernd ist. Da würde die Abgrenzungsschwierigkeit beginnen. Wer erhält das? Sind es alle Eingebürgerten? Würde ich das erhalten? Muss man seit Generationen eidgenössisch sein? Erhalten das Menschen mit dem Status S? De facto würden die Mauern, die das Migrationsregime um die Schweiz zieht, um einiges verstärkt werden. Die Hindernisse, um zu diesem bedingungslosen Grundeinkommen zu kommen, würden verstärkt werden. Das Einbürgerungs- und Grenzregime stelle ich mir als eine furchtbare Dystopie vor.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

**STR Raphael Golta:** *Die Diskussion im Gemeinderat zeigt, dass es sich beim bedingungslosen Grundeinkommen um eine Projektionsfläche für sehr viele gute und schlechte Vorstellungen handelt. Das ist für den gesellschaftlichen Diskurs nicht uninter-*



ressant. Die Frage ist, ob es tatsächlich unsere Aufgabe ist, dass wir anhand eines konkreten Projekts diese gesellschaftliche Diskussion führen müssen. Ich glaube, dass das nicht sinnvoll ist. Die Vorstellung, dass man während drei Jahren mehr Geld erhält, ist vergleichbar mit einer Situation, in der man vielleicht 100 000 bis 200 000 Franken erbt. Dafür gibt es Beispiele in der Gesellschaft. Die einen gehen mit dem Geld auf eine Weltreise, die anderen behalten das Geld auf dem Konto und andere gönnen sich etwas, das sie sich vorher nicht leisten konnten. Ich vermute, dass das bei einem bedingungslosen Grundeinkommen, das während drei Jahren verteilt wird, nicht massgeblich anders sein wird. Der Erkenntnisgewinn ist daher sehr fraglich. Der Stadtrat ist aber nicht nur aus diesem Grund gegen die Volksinitiative und beantragte Ihnen die Ablehnung. Wir sind auch inhaltlich nicht überzeugt, dass ein solches Grundeinkommen sehr sinnvoll ist. Es wurde als etwas Visionäres bezeichnet. Gerade aus der Optik einer fortschrittlichen Politik hat es für mich eher etwas von einer Kapitulation. Es besteht das grosse Risiko, dass man einen Teil der Bevölkerung sowohl von der Wohlstandsproduktion als auch von der Wohlstandsteilhabe abkapselt, indem ein Grundeinkommen ausbezahlt wird. Ich halte das für kein sehr progressives Bild. Fortschritt ist aus meiner Sicht nach wie vor, dass man Menschen am Wohlstand teilhaben lässt. Das gilt vor allem auch für die arbeitende Bevölkerung und ist auch bei den neuen Jobs und den schwierigen Auseinandersetzungen und Herausforderungen der Digitalisierung der Fall. Es wurde gesagt, dass es etwas Bedürfnisgerechtes und allenfalls Bedarfsgerechtes ist. Die meisten Modelle gehen von 3000 bis 4000 Franken aus. Meistens sind es Beträge, die für einen Teil ausreichen, der einen kleinen Bedarf hat. Alle anderen müssten von einem Sozialsystem mit ihrem ausgewiesenen Bedarf entsprechende Mittel erhalten. Ich sehe nicht das, was die Menschen befreien wird. Wenn die Beträge entsprechend erhöht werden, kommt die Frage der Bezahlbarkeit eines solchen Projekts auf. Wir arbeiten an zahlreichen Projekten; aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation sind wir ein wenig gebremst. Es gibt zahlreiche wichtige Themen und Projekte, die uns sozialpolitisch am Herzen liegen und bei denen wir Fortschritte erzielen wollen. Diese Fortschritte sollen auch über die Stadtgrenzen hinaus im Sinne von Pilotprojekten oder von Vorbildern wirken. Dabei hat das bedingungslose Grundeinkommen keine Priorität. Wir investieren unserer Ressourcen, unseren Geist, unsere Ideen und unsere Arbeitskraft lieber in andere Projekte.

#### Schlussabstimmung

Die SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Samuel Balsiger (SVP), Referent; Alexander Brunner (FDP), Patrik Brunner (FDP), Mélissa Dufournet (FDP), Selina Walgis (Grüne), Sebastian Zopfi (SVP)  
Enthaltung: Präsident Markus Baumann (GLP), Vizepräsidentin Nadia Huberson (SP), Marco Geissbühler (SP), Mathias Manz (SP), Matthias Renggli (SP), Roger-Paul Speck (SP), Willi Wottreng (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 53 gegen 8 Stimmen (bei 49 Enthaltungen) zu.



8 / 8

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zuhanden der Gemeinde:

Die Volksinitiative «Wissenschaftlicher Pilotversuch Grundeinkommen» wird abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 6. April 2022 gemäss § 134 Abs. 2 in Verbindung mit § 155 des Gesetzes über die politischen Rechte

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat